

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 50 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Berlin S. 14 — Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rüststraße 16
Fernsprecher Nr. 8800

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostkontrollliste

Zur Frage der Organisationsform

F. K. Die Erörterung der Frage: Berufsverband oder Industrieorganisation? ist ziemlich umfangreich und überreichlich lebhaft gewesen. Fast in jedem Gewerkschaftsblatt ist darüber in bejahendem oder in verneinendem Sinne geschrieben worden. In ihrem Eifer, die heutige Organisationsform zu erhalten, sind manche Verfechter der Berufsverbände weit über die Grenze des Sachlichen und des Beweismöglichen hinausgegangen. Das ist in jedem Betracht sehr zu beklagen. Denn wenn irgendeine Frage kühl und sachlich besprochen werden kann und muß, so ist es diese. Diese Sache kann nur mit dem Kopfe, nicht mit dem Herzen entschieden werden. Dagegen dürfte von keiner Seite etwas eingewendet werden. Wenn so, dann hätte die Lauterkeit der Beweggründe der Verfechter des Industrieverbandes nicht angezweifelt werden, noch hätte man ihnen unterstellen dürfen, sie wären dabei, Zwangsmittelgeschäften zu schaffen, die Gewerkschaftsbewegung zu zerlegen, den Faustkampf unter den Mitgliedern zu entfachen, die Organisation zu einem Laubenschlag zu machen und die Bildung von Werkvereinen zu erleichtern, schon gar nicht hätte es zu der Erklärung kommen dürfen, daß wenn der Gewerkschaftskongreß einen Beschluß in dem und dem Sinne fasse, man seinen „Verbandsinstanzen die Frage vorlegen müßte, ob die Voraussetzungen für die Zugehörigkeit zum Bund noch weiterhin als gegeben angesehen werden können“.

Es wird einem schwer, für diese Art der Widerlegung einer andern Ansicht eine Bezeichnung zu finden, die paßlich, aber nicht verlebend ist. Was soll die eben erwähnte Erklärung eigentlich vorstellen? Sie ist schon als Bluff, als Drohung, als Druckmittel bezeichnet worden. Wenn sie überhaupt einen Sinn haben soll, dann macht es Mühe, sie milder als wie geschehen zu bezeichnen. Wie, wenn die Verfechter der Industrieorganisation das nachmachen, was ihnen die Anhänger des Berufsverbandes vorgemacht haben? Das Recht zum Schwärzen eines Drohbriefes wird ihnen die Gegenseite nicht abspreschen können. Doch halten wir es für angemessen, daß in den Reihen der Industrieverbandsfreunde noch nicht einmal im Traume an eine solche Erklärung gedacht wird. Wie könnten sie eine dermaßen gefährliche Unflughet begehen, sie, die die Umwandlung der Organisationsform nur erstreben, um die Gewerkschaftsbewegung einheitlicher und stärker im Geiste wie in der Tat zu machen. Dieses Ziel müßte mit solchem Spiel, selbst wenn es bloß auf dem Papier geübt würde, gefährdet und die Lauterkeit der Absichten getrübt werden.

Von den Gegnern der Industrieorganisation scheint mancher ganz zu übersehen, daß sich deren Vertreter auf einem festen Rechtsboden bewegen, der vor drei Jahren in aller demokratischen Form gelegt wurde, und daß ihr Bestreben nichts darstellte, als die Erfüllung einer Pflicht, die der Leipziger Beschluß allen Gewerkschaftsmitgliedern auferlegte. An der Rechtmäßigkeit des Leipziger Beschlusses ist nicht zu zweifeln. Da nun, wenn wir nicht irren, alle Mitglieder des ADGB, also auch die Anhänger des Berufsverbandes, aufrichtige Demokraten sind, so müßten sie folglich auch alle eifrig und ehrlich trachten, dem Leipziger Beschluß gerecht zu werden. Wenn sie aber dies nicht zu können vermeinen oder nicht wollen, dann sollten sie doch wenigstens nicht mit unsachlichen, unbeweisbaren, ja verlebenden Vorwürfen die beschuldigen, die da die Pflicht zu erfüllen streben, die ihnen die höchste Stelle der freien Gewerkschaftsbewegung auferlegte.

Nachgerade alle Vorwürfe, die man den Anhängern der Industrieverbände macht, sind so dünn, daß sich eine Widerlegung erübrigt. Was soll man zu dem Vorwurf sagen, die Bestrebung der Freunde der Industrieverbände ginge auf die Entfaltung des Faustkampfes in der Mitgliedschaft hinaus? Der Faustkampf besteht ja heute leider schon, und er soll ja gerade durch die Unterbindung seiner Ursachen beseitigt werden, indem man die streitenden Genossen in einer Organisation vereint. Die Verfechter der Industrieverbände sollen die Gewerkschaften schwächen, sie gar zerlegen wollen? Dies dadurch, daß sie die Beseitigung des unerbaulichen Zustandes verlangen, der darin besteht, daß auf dem engen Boden eines Betriebes vier, fünf, sechs gewerkschaftliche Mitgliedschaften nebeneinander, oft gegeneinander stehen und dadurch weder auf den Unternehmer noch auf die Unorganisierten gezielten Einfluß auszuüben vermögen. Die Verfechter der Industrieverbände sollen die Betriebsgemeinschaften (unbenutzt) fördern. Und dies dadurch, daß sie die jetzt in verschiedene gewerkschaftliche Häuser getrennten Belegschaften eines Betriebes oder Industrie zu einer organisatorischen Einheit zusammenschließen und somit ihr Zusammengehörigkeitsgefühl stärken wollen. In diesen paar Beispielen schon sieht man, wie es mit der Stichhaltigkeit der Gründe der Gegner der Industrieverbände bestellt ist.

Nun wird von den Freunden der Berufsverbände behauptet, dieser könne viel besser als der Industrieverband die berufliche Ausbildung besorgen und die Mitglieder fester zusammenhalten. Demnach soll also der größere Industrieverband, der mehr Mittel, mehr Kräfte, geeignete Einrichtungen hat oder sie leichter schaffen kann, seine Mitglieder beruflich nicht so gut zu bilden vermögen als der zahlenmäßig und sonstwie schwächere Berufsverband? Im Metallarbeiter-Verband sind beispielsweise an die 40 Berufe vereinigt, und noch keiner hat sich ernstlich beklagen können und beklagt, daß er in Sachen der Berufsausbildung zu kurz komme. Und wenn dies je der Fall sein sollte, könnte und würde dem leicht abgeholfen werden. Mit der größeren Zusammenhaltkraft des Berufsverbandes sieht es nicht besser. In der Metallindustrie trifft man allwärts Buchdrucker, Bauhandwerker, Schuhmacher und noch andere Berufe, die vor

ein paar Jahren, in der Zeit ihrer Berufsreise, hierhergekommen sind und sich teilweise dem Metallarbeiter-Verband angeschlossen haben. Wenn nun die Kraft des Zusammenhaltens des Berufsverbandes wirklich so groß wäre, wie stockfests behauptet wird, dann müßten diese Nichtmetallarbeiter längst alle wieder zu ihrem Handwerk und dessen Verband zurückgekehrt sein, zumal ja in ihrem Urberuf die Krise vorbei ist. Es denken aber viele nicht im geringsten daran, wie man unter anderm beim Buchdrucker-Verband erfragen kann. Demnach scheint es mit der Kraft des Zusammenhaltens der Berufsverbände, gelinde ausgedrückt, etwa so bestellt zu sein, wie mit der der Industrieverbände.

In einigen Gewerkschaftsblättern macht man vor dem Industrieverband damit graulich, daß man aufzählt, daß und was der Bergarbeiter-Verband, der Baugewerksbund, der Fabrikarbeiter-Verband, der Holzarbeiter-Verband, der Metallarbeiter-Verband usw. usw. an Mitgliedern verliere, wenn der Plan, der für die künftige Organisationsform entworfen, Wirklichkeit werden würde. Angenommen, solche Verluste träten wirklich ein, so bliebe die Frage zu beantworten, wo denn die Mitglieder, die die vielen Verbände einbüßen, eigentlich hinkommen? Irgendein Verband müßte doch dann das gewinnen, was die andern verlieren. Diese Verlustrechnung kann mithin nicht so recht stimmen. Allerdings, durch die Umwandlung in die wirksamere Organisationsform und der damit verbundenen Verschmelzung kleinerer Verbände mit den ihnen beruflich nächststehenden Industrieorganisationen werden verschiedene Verbände zahlenmäßig einbüßen oder aufgehen, aber dadurch verliert im Grunde niemand etwas. Im Gegenteil, alle gewinnen, die Mitglieder sowohl wie die gewerkschaftliche Gesamttheit. Diese wie jene gewinnen beträchtlich durch die vollkommene Einheit, die bessere Geschlossenheit, die höhere Stärke und Werkkraft und durch die Förderung des gesamtproletarischen Gemeinschaftsgefühls, welches letzteres besonders dringlich und wichtig ist.

Die Verfechter der Berufsverbände behaupten oft, auch sie seien für die höhere Organisationsform, nur wollten sie nicht „geschichtlich Gewordenes“ und „natürlich Gewachsenes“ anerkennen, sondern die Umwandlung lieber der Entwicklung überlassen. Das klingt so weise, daß man sich verneigen muß. Nachdem dies geschehen, muß man fragen, was an den heutigen gewerkschaftlichen Organisationsformen eigentlich geschichtlich geworden, natürlich gewachsen ist. Wenn wir nicht ganz irren, wurden die Gewerkschaften wie ihre Formen von Arbeiterhänden und Köpfen geschaffen, und dabei spielte das jeweilige Maß der Einsicht oder deren Gegenteil, ja oft der reine Zufall eine bedeutende Rolle. Und wenn nun, wie wir annehmen zu können glauben, heute das Maß der Einsicht höher ist, so muß eben eine höhere Organisation oder Form geschaffen werden. Was man so gemeinhin Entwicklung nennt, ist im Grunde nichts als Menschenwerk. Die Menschen können die Entwicklung hemmen und fördern, nach links wie nach rechts lenken. Dies beweist die ganze Geschichte, nicht zuletzt die der Arbeiterbewegung. Und weil auch wir das tun können und müssen, was immer geschehen ist, nämlich die Entwicklung fördern und lenken, so müssen wir nachdrücklich nach einer wirksameren Organisationsform streben, deren Notwendigkeit ja von beiden Seiten, auch von den Freunden der Berufsverbände, anerkannt wird.

Ja, aber der Gruppierungsplan, den die Genossen Dittmann und Páplow mit anderen Freunden der Industrieverbandsform vorgelegt haben, soll natürliches zerreißendes, Unnatürliches verbinden wollen. Wenn so, dann liegt es doch nur an den Kritikern, Vorschläge zu machen, die die Mängel des vorgelegten Planes zu beseitigen geeignet sind. Nichts hindert sie daran. Wir sehen in dem vorgelegten Plan beileide kein starres Geseß, sondern nur den ersten praktischen Versuch zur Regelung der sehr schwierigen Sache; einen Anfang, der von allen Beteiligten in aller Ruhe und mit aller Geneigtheit gründlich zu erörtern, zu verbessern und weiterzuführen ist. Es steht nirgends geschrieben, daß die Gruppeneinteilung genau so, wie sie in dem Plane vorgeschlagen, verwirklicht werden muß. Glaubt diese oder jene Berufsgruppe, sie lieber in dem oder jenem Verbande einzugliedern, weil sie da sich heimischer fühlt oder ihr wirtschaftliches Auskommen eher findet, so ist keinerlei Grund zu sehen, warum dem nicht stattgegeben werden sollte. Dies ist sogar sehr geboten, um das Ziel, das der Plan verfolgt, vollständiger zu erreichen.

Bei diesem Streit um die Verbesserung der Organisationsform muß man unwillkürlich an die Auseinandersetzung in der Deutschen Nationalversammlung über die Kleinstaaterei denken. Zu Weimar konnte und wollte kaum einer bestreiten, daß die Einschachtelung in Duzende von Staaten, die zahlreichen Grenzen, die viel zu vielen Paragrafenmüllern, Parlamente, Verwaltungsapparate und Ministerien einen unermeßlichen Nachteil für die Einheit, das Zusammengehörigkeitsgefühl als auch für die politische und wirtschaftliche Entfaltung des deutschen Volkes darstellte. Angefichts dessen wurde so ziemlich jeder der ehrenwerten Gesetzgeber nicht müde, zu betonen, daß selbstverständlich auch er für die höhere staatliche Form, für das einheitliche Deutschland sei. Sobald ihnen aber ein Entwurf für die Reorganisation des Reiches vorgelegt wurde, war zwar jeder einzelne nach wie vor Einheitsstaatler, aber unter der Voraussetzung, daß je in Landstrichen nicht angetastet werde, denn dessen Erhaltung gebiete ja doch die Stammeseigenart, das geschichtliche Gewordene und ähnliche Selbstanklagen. Dann stürzten sich diese Leute gemeinsam auf die Entwürfe, entdeckten da Mängel und Gefahren. Über diesem unergötlichen Streit ist der deutsche

Einheitsgedanke in die Binsen gegangen und die probateste Stunde für die endliche Erfüllung der obersten deutschen Notwendigkeit ungenutzt geblieben. Die Kleinstaaterei blieb erhalten, anstelle der Zaunkönige von Gottes Gnaden traten die Zaunkönige der Revolution. Zu Weimar waren die Mächtigen, Zaunkönige die geschäftigsten Hintertreiber der deutschen Einheit. Ihren schönen Traum durften sie nur kurze Zeit träumen. Sie stehen meist längst wieder dort, wohin sie schon vor Weimar gehört hätten. Kleingeisterei, Kurzsichtigkeit und Zaunkönigsehnsucht ließ es nicht zur Erfüllung der geschichtlichen Notwendigkeit kommen. So lastet denn die kleinstaatliche Drangsal schwerer denn je auf uns. Bayern, Mecklenburg usw. Namenlose Beschränktheit ließ die Gunft der Gelegenheit unangegreift. Darob wird die Reue lang sein. Viele deutsche Geschlechter werden an der verbrecherischen Unterlassung von Weimar schwer zu tragen haben.

Die probate Stunde zur Lösung der viel umstrittenen Frage der Organisationsform scheint uns mit dem Breslauer Kongreß gekommen zu sein. Er sollte für diese Sache mit allem guten Willen genutzt werden. Die endgültige Lösung der Frage wird nun freilich in Breslau nicht möglich sein, wohl aber eine erfolgversprechende Vorbereitung der Lösung. Dies kann selbstverständlich nicht durch einen Mehrheitsbeschluß geschehen, der Art, Form und Zeit der organisatorischen Umgliederung klar bestimmt. Von einem solchen Beschluß können wir uns nichts als das Gegenteil des von uns Erstrehten versprechen. Er würde sicherlich von verschiedenen Berufen oder Gruppen einer Vergewaltigung gleichgeachtet werden, was um das Gelingen des Wertes willen verhindert werden muß. Abzuzugreifen, soweit wir zu hören vermögen, keiner einem solchen Beschluß das Wort. Einen wie eine Vergewaltigung wirkenden Beschluß kann ja auch keiner wollen, dem es darum zu tun ist, daß von möglichst vielen, von allen Seiten mit liebevollem Eifer an der Umwandlung mitgeschafft und daß dann das Zusammenwirken unter dem neuen Zustand nicht durch eine trübe Erinnerung beeinträchtigt wird.

Die Organisation ist für uns das sehr wichtige Mittel, die sehr wichtige Waffe. Wir wollen die Form dieser Waffe den Notwendigkeiten entsprechend ummodellieren, verbessern, damit sie schärfer, widerstandsfähiger, wirksamer wird. Bei dem Streben um die Verbesserung der Form der Waffe darf aber die Waffe selbst nicht etwa gefährdet oder gar zerbrochen werden. Darum wünschen wir dringend, daß es nicht zu einem Beschluß, wie den angedeuteten, kommt. Darum versprechen wir uns in dieser Sache, deren Vollbringen so ungeheuer von der Mitmachensfreude aller Gruppen abhängt, nichts von einem Zwang, um so mehr aber von einer brüderlichen Aussprache, einem sachlichen Abwägen der Gründe wie von einer Stärkung der Einsicht und Weitsicht. Freilich auch von einem ausdrücklichen Hinweis auf die niederdrückende Verantwortung derer, die nicht allen guten Willen und die ganze Kraft dafür einsetzen, daß diese Stunde für die gemeinschaftliche Sache wohlgenutzt wird.

Nützen Automobilzölle den Automobilarbeitern?

F. K. Die Automobilfabrikanten und ihre Federwerker werden nicht müde, darauf hinzuweisen, der Schutzzoll auf Automobile sei nicht nur für die Industrie im allgemeinen, sondern auch für ihre Arbeiter im besonderen vonnöten; denn wenn die ausländischen Wagen nicht durch einen möglichst hohen Schutzzoll ferngehalten würden, müßten die deutschen Fabriken wegen Abzwmangel schließen und sie ihre Arbeiter entlassen. Schon aus diesem einfachen, einleuchtenden Grunde müßten die deutschen Automobilarbeiter gleichfalls für Schutzzoll eintreten. Demnach könnte es scheinen, als ob die Unternehmer sich in ihrem Streben nach Zöllen in nicht geringem Maße von dem Wunsch, ihren Arbeitern Stellung und Brot zu erhalten, also aus Arbeiterfreundlichkeit leiten ließen. Nun weiß aber der deutsche Arbeiter aus einer lebenslangen Erfahrung, daß wenn seine Unternehmer den Mantel der Arbeiterfreundlichkeit umhängen, das eben so verächtlich ist, wie wenn die „genialen Führer der Wirtschaft“ von Vaterlandsliebe reden. Denn einen ist es nicht um die Arbeiter, den andern nicht ums Vaterland zu tun, sondern um ihren höchst eignen Vorteil. Sollte das in dem Fall der Automobilzölle anders sein?

Wir, die Gewerkschafter, wir sind gegen die verlangten Zölle; wir fordern die zollfreie Einfuhr möglichst vieler, besonders von wohlfeilen Kraftwagen. O je, schreien die Unternehmer und ihre Schreiberleute, da geht ihr wieder einmal, wie sich die Gewerkschafter als Feinde der deutschen Wirtschaft und ihrer Arbeiter entpuppen; sie wollen viele Automobile aus dem Auslande hereinlassen, wodurch der deutsche Fabrikant noch weniger verkauft, seine Fabrik schließen und die guten deutschen Arbeiter entlassen muß. Gemach, gemacht: laßt einmal näher zusehen, ob durch die freie Einfuhr wohlfeiler ausländischer Wagen tatsächlich die deutsche Wirtschaft Schaden nimmt und deutsche Automobilarbeiter wirklich brotlos werden.

Durch die zollfreie Einfuhr der wohlfeileren ausländischen Kraftwagen wird es einer Unmasse von Mittelstandsleuten und Bauern ermöglicht, sich einen Personwagen oder einen Schlepper anzuschaffen. Dies bewirkt zunächst eine Erhöhung

und Verbilligung des Verkehrs wie der landwirtschaftlichen Erzeugung. Kurz, es werden durch die Einfuhr unbestrittene dringliche Notwendigkeiten erfüllt, was für die deutsche Wirtschaft von überaus hohem Belang ist. Andererseits aber droht freilich für die rüstständigen Fabriken Geschäftsflaute, wenn nicht für die Volkswirtschaft, bestimmt nicht für die deutschen Arbeiter. Denn diese Fabriken leben von der Preisverteuerung oder von der Unterzahlung der Arbeiter oder von beidem. Durch diese ihre Daseinsmöglichkeit hemmen sie, die rüstständigen Betriebe, die Lebensmöglichkeit oder das Ausblühen der Gesamtwirtschaft. Aber, so wird gesagt, wenn diese Fabriken schließen müssen, verlieren doch zahlreiche Arbeiter ihr Brot! Das ist so unrichtig nicht. Allein, die Ursache, die diese Fabriken zum Schließen zwingt, schafft gleichzeitig Arbeitsgelegenheit für viel mehr Leute, als brotlos gemacht werden. In der Tat.

Von Nordamerika kommt das Wort: Jeder Mann, der Automobile erzeugt, schafft zwei weiteren Beschäftigung. Dies würde für unsern Fall heißen, daß wenn die in Deutschland vermöglicher ihrer Volkswirtschaft mehr abgeleiteten ausländischen Wagen von, legen wir zehntausend Leuten hergestellt sind, deren doppelte Zahl, das sind zwanzigtausend deutsche Arbeiter, mehr Beschäftigung finden. Es würde also durch diese vollstetige Einfuhr allerdings Schließung von Fabriken und Entlassung von Automobilarbeitern drohen, aber nicht nur die Entlassenen, sondern noch einmal mehr würden Verdienstgelegenheit eben durch das Mehr der eingeführten Wagen erhalten.

Es handelt sich nun darum, nachzusehen, ob das erwähnte Wort auch tatsächlich richtig ist. In diesem Behufe müssen wir uns wegen Mangel an deutschen Zahlen auf nordamerikanische stützen. Nach den neuesten nordamerikanischen Angaben sind in den Vereinigten Staaten im eigentlichen Autobau und in den Betrieben für Zubehörteile und Gummibereitstellung, das ist in der gesamten Automobilherstellung, rund 744 000, in den Reparaturwerkstätten, Garagen und als Autoführer aber rund 1 455 000 Lohnarbeiter beschäftigt. Mit andern Worten: aus den Erzeugnissen von 744 000 eigentlichen Automobilarbeitern quillt Beschäftigung für 1 455 000 weitere Arbeiter, also für die doppelte Zahl. In Wirklichkeit ist die Klasse der letzteren noch bedeutend höher; doch wir wollen hier, um selbst den Schein der Übertreibung zu vermeiden, bei der niedrigen Zahl bleiben.

Wie immer man die amerikanischen Zahlen deuten mag, das eine zeigen sie jedenfalls: daß durch die Einfuhr von wohlfeilen Wagen, die den Bedarf der weniger begüterten Leute befriedigen, sehr viele mehr Automobilarbeiter als Reparaturschlosser, Schaufeuere, Garagenwärter u. dergl. Verdienstgelegenheit, und schließlich keine schlechtere, finden werden, als durch die Einfuhr im schlimmsten Fall brotlos gemacht werden können, von dem andern gewaltigen volkswirtschaftlichen und sozialen Vorteilen, wie schnelle Hebung des Verkehrs und der landwirtschaftlichen Erzeugung, Verbesserung der kulturellen Einrichtungen und Milderung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land, ganz zu schweigen.

Darum aber scheuen denn die Unternehmer laut nach möglichstem hohem Schutzoll, „Einfuhrzoll“ und Schonzeit? Nimmlich einseitig: Sie wollen in ihrer polynomalmäßig betriebenen Weltbewerben nicht gehindert werden, ja von dieser Unerschwinglichkeit oft gar nicht wissen. Sie wollen trotz ihrer übermäßig hohen Preise ihren Anteil am inneren Markt nicht verklümmern lassen und den deutschen Käufer zwingen, die teuren Wagen zu kaufen oder doch zu verzichten. Sie wollen im Schutzoll eine Bürgschaft für einen möglichst hohen Preis im Inlande haben, damit sie dort dieser guten Einnahme im Auslande billig, noch billiger als die sehr leistungsfähigen fremden Wettbewerber bedürfen, gute Geschäfte machen können — auf Kosten der heimischen Wirtschaft. Sie wollen nicht, daß durch Einfuhr wohlfeiler Wagen in Deutschland die Arbeitsmöglichkeit vermehrt wird, weil durch das Überangebot von Arbeitskräften der Lohn niedrig und die Arbeitszeit lang gehalten werden kann. Es wäre selbstverständlich besser, wenn die deutsche Industrie selbst Personenzwagen und Schlepper so wohlfeil wie die ausländischen Wettbewerber herstellte, um den innerdeutschen Markt genügend zu versorgen, rüstiger, um dem Mittelstand und den Bauern die Anschaffung der so sehr benötigten Kraftwagen zu ermöglichen. Denn dadurch würden die oben erwähnten Vorteile für die Volkswirtschaft wie für die Automobilarbeiter erreicht, ohne daß Fabriken durch Geschäftsflaute oder gar Schließung bedroht werden. Aber solange das die deutsche Industrie nicht kann — oder nicht will —, darf die Einfuhr nicht eingeschränkt werden, weil diese immer noch noch viel mehr Vorteil bringt, als ihr Hindernis.

Der Zoll aber verursacht noch insofern eine sehr bedeutsame Schädigung, als er die Einfuhr der Schutzollner im Auslande verweigert. Was die Einfuhr von Waren aus dem Auslande einwert, wird dieses daselbst deutschen Waren

gegenüber tun. Wenn wir wenig oder nichts vom Auslande kaufen, wird das Ausland wenig oder nichts von uns kaufen können und wollen. Es werden in der Folge die Zollmauern jenseits der deutschen Grenzen wachsen. Die deutsche Einfuhr wird noch schwieriger. Man ist aber Deutschland mehr denn je auf die Ausfuhr angewiesen. Um trotz der hohen Zollmauer um und herum ausführen zu können, werden die deutschen Waren um den Betrag des Zolles, der an der Grenze erhoben wird, und um noch etwas mehr billiger sein müssen, als die betreffenden Waren im Auslande. Diese Preisermäßigung wird auf Kosten der deutschen Verbraucher und der Arbeiter geschehen. Mit deutschem Gut werden fremde Staatskassen und fremde Märkte bereichert.

Die deutsche Industrie hatte Zeit in Fülle, sich wettbewerbsfähig zu machen, zumal ihr dabei eine fleißige Arbeiterkraft und ein sehr geringer Lohn zufließen kam. Wenn sie trotzdem noch nicht wettbewerbsfähig geworden ist, dann unter anderem, weil ihr der heilsame Druck von außen durch das Einfuhrverbot unterbunden wurde. Würde ihr der verlangte Zollschutz wiederum aufgestanden werden, dann fehlte auch weiterhin der so nötige Druck, und der so wünschenswerte Aufstieg der Volkswirtschaft würde noch länger gehemmt. Und für die deutschen Automobilarbeiter die Vermehrung ihrer Verdienstmöglichkeit unterbunden. Die Rückständigkeit, Kurzzeitigkeit und der Eigennutz der Industriellen kostet aber dem deutschen Volke schon gewaltige Summen an Gut und Ruf, daß es höchste Zeit ist, daß damit aufgehört wird. Darum sind wir, die Gewerkschafter, gegen den verlangten Schutzoll und das um der deutschen Volkswirtschaft wie um unserer Automobilarbeiter willen.

Wem nützt der Brotzoll?

- Nützt er den Millionen notleidender deutscher Bauern?
- Nein — sagen die Sachverständigen
- Nützt er den wenigen Tausenden ostelbischer Junker?
- Ja — sagen die Sachverständigen
- Nieder mit dem Zoll junkerlicher Bodenspekulanten!

Aus dem Reichstag

Der Kampf um die neuen Steuern

Im Reichstage geht es zurzeit hoch her: die Linksparteien führen einen erbitterten Kampf gegen die von der Regierung eingebrachten Steuererhöhungen, die eine neue, ungeheure Belastung der Arbeiterkraft bedeuten; die Rechtsparteien, einschließlich des Zentrums und der bayerischen Volkspartei, leisten der Regierung Hoeserfolge und unterstützen die Gesetzesentwürfe. Dabei befolgen sie eine Politik, die ein Hohn ist auf den Parlamentarismus, die jedem ehrlichen Menschen die Schamröte ins Gesicht treibt. Während die Opposition ihre Redner ins Feld schickt, um die Ungerechtigkeit der neuen Gesetze nachzuweisen, sitzen die Freunde dieser Gesetze stumm da wie die Hühner und sprechen kein Wort. Sie rechnen eben mit der Berechnung ihrer Wähler, sie sagen sich: Wenn eine Neuwahl kommt, hat die dumme Masse längst vergessen, wie wir abgelehnt haben. Es erscheint nicht völlig ausgeschlossen, daß sie sich in dieser frechen Berechnung doch noch einmal schwer täuschen werden.

Jüngst hat das Einkommensteuergesetz zur Beratung. In der Aussprache wandte sich der Redner der Sozialdemokratie gegen die von der Regierung beschlossene Steuerreform. Diese Reform müsse den Zweck verfolgen, die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu steigern, was aber nicht möglich sei ohne eine Erhöhung der Lebenshaltung der breiten Massen. Deshalb sei zu verlangen, daß die persönliche Belastung des Arbeitseinkommens verringert und daß die Umsatzsteuer abgeändert werde. Der dadurch entstehende Verlust an Einnahmen müsse ausgeglichen werden durch eine höhere Besteuerung der großen Einkommen und Vermögen sowie der großen Erbschaften, durch eine härtere Heranziehung der Einkommensgewinne und des Vermögenswachses aus Verkäufen. Vor allen Dingen sei notwendig eine Hebung der Steuerethik durch eine Offenlegung der Steuerlisten und einer Verschärfung der Steuerhinterziehung. Der vorliegende Gesetzesentwurf schlage den gerade entgegengesetzten Weg ein: er wolle nicht die wirtschaftliche Schwäche, sondern die wirtschaftliche Stärke jähren, was als ein gewaltiger sozialer Rückschritt bezeichnet werden müsse. Niemand sei der Fragestellung günstiger gewesen für die Beseitigung des

schreienden Unrechts in unserer Steuergesetzgebung, als gegenwärtig. Das Steuerjahr 1924 habe abgeschlossen mit einem Uberschuß von 2 Milliarden, wovon mehr als 1½ Milliarden auf den Mehreträgen der Klassensteuer stammten. Lohn-, Umsatz- und Verbrauchsteuern sowie die Zölle seien die eigentlichen Träger unserer Finanzwirtschaft und man habe nur die Lust, sie noch höher zu schrauben. Dann fuhr der Redner fort: „Auf allen Gebieten des Steuerwesens zeigt sich deutlich der Klassencharakter des Staates, indem alles darauf ausgeht, die Steuerlasten von den leistungsfähigen auf die minder leistungsfähigen Schultern abzuwälzen. Angesichts der steigenden Erträge der Lohnsteuer, der Verbrauchsteuern und der Zölle ist es unbedingt nötig, das steuerfreie Arbeitseinkommen wesentlich zu erhöhen. Die stärkste Belastung des Arbeitseinkommens wird aber die künftige Belastung der Einkommensteuer darstellen. Im Jahre 1924 betrug der Gesamtbeitrag der Haus- und Grundsteuer 822 Millionen Mark, nimmere soll er auf 2½ Milliarden heraufgebracht werden, ein Betrag, der viermal so hoch ist wie der voraussichtliche Ertrag der gesamten Vermögenssteuern. Rechnet man die ohnehin kommende Steigerung der Mieten hinzu, so ist es klar, daß gerade die kleinen Leute und besonders die linderreichen Familien eine ungeheuerliche Mehrbelastung tragen müssen.“

Noch mehrere andere Redner der Opposition beurteilten die steuerlichen Absichten der Regierung und der Regierungsparteien aufs härteste. Die Sitzung zieht sich bis in die späte Nacht hin. Schließlich wird der § 1 des Einkommensteuergesetzes in der Fassung des Entwurfs angenommen. Am folgenden Tage stellen die Gegner der Reform mehrere Verbesserungsvorschläge. Die Regierungsparteien einschließlich des Zentrums lehnen diese Anträge ab.

Es folgt die Beratung des Gesetzes über die Körperschaftsteuer. Der von der Regierung vorgelegene Steuertarif bringt den großen, kapitalträchtigen Gesellschaften eine Ermäßigung um 42 vH, was im Widerspruch steht mit den Erklärungen, die der Reichsminister Dr. Luther im Reichstage abgegeben hat. Der neue Tarif, der den Kapitalisten ungefähre 10 Millionen Mark schenkt, widerspricht dem Rechtsgefühl und dem sozialen Empfinden jedes ehrlichen Menschen. Man muß den Mut der Regierungsparteien, und besonders des Zentrums bewundern, mit dem sie ein solches Steuerrecht deden. Die ganze Finanzgebarung der Regierung vollzieht sich zugunsten der großen Vermögen, auf Kosten der Kauf- und Konsumkraft der breiten Volksmassen. Darum hat die Sozialdemokratie beantragt, die großen Gesellschaften mit 30 vH und die kleineren mit 20 vH zu besteuern. Aber die Regierung und die Regierungsparteien haben sich schäblich vor der hohen Einkommen gestellt. Alle diese Einwendungen waren fruchtlos, die Abänderungsvorschläge wurden abgelehnt, die Regierungsanträge wurden angenommen.

Der Entwurf eines Vermögens- und Erbschaftsteuergesetzes ruft eine lebhafteste Aussprache hervor. Besonders die Vorlage der neuen Erbschaftsteuer macht einen skandalösen Eindruck. Nach dem Kriege hat die Nationalversammlung eine vernünftige Erbschaftsteuer gemacht, und auch die bürgerlichen Parteien haben aus Angst vor der Masse dieser Steuer zugestimmt. Inzwischen ist die Angst verschwunden, und auch die Erbschaftsteuer ist rückwärts geändert worden, so daß nur lächerliche Beträge zurückgeblieben sind. Deshalb wird ein Ausbau der Erbschaftsteuer nach sozialer Gesichtspunkten gefordert. Es wird auch noch darauf hingewiesen, daß bei dem Tode Hugo Stinnes, des damals reichsten Mannes in Deutschland, nicht ein einziger Pfennig Erbschaftsteuer gezahlt worden ist, was als eine Ungeheuerlichkeit bezeichnet werden muß.

Die Bergwerksgesellschaft Giesches Erben in Bessau, einer der größten und leistungsfähigsten Industriefongerne Europas, die 30 000 Arbeiter und Angehörige beschäftigt, war bis zum Kriegesbeginn auf Grund eines kaiserlichen Privilegs vom Jahre 1900 von jeder Staats- und Reichsbesteuerung befreit. Dies Privileg ist jetzt beseitigt worden und die Gesellschaft ist mit 30 Millionen Mark an Vermögenssteuer veranlagt, während sich ihr Vermögen in Wirklichkeit auf 350 Millionen Mark beläuft. Diese ungeheure Steuerlastenzeit, die nur ein Beispiel ist von vielen, wirkt um so aufrechter, wenn man damit die Gewinnaufteilung vergleicht, mit der die Lohn- und Gehaltsempfänger bis herab zur ärmsten Heimarbeiterin zur Steuer herangezogen werden. Ein Antrag der Sozialdemokraten, den Hinterbliebenen von Kriegsoffizieren gewisse Steuererleichterungen zu gewähren, wird mit 201 gegen 137 Stimmen abgelehnt.

Am die Erhöhung der Verbrauchsteuer wurde erbittert gekämpft. Die Redner der Oppositionsparteien machen geltend, daß die neuen Steuern eine ungeheure Belastung der Verbraucher bedeuten und daß diese Belastung vor allen Dingen die Unterschichten am schwersten trifft, weil es sich um Gegenstände des Massenverbrauchs handelt. Aber alles ist vergeblich: der sozialdemokratische Antrag auf Beseitigung der Salzsteuer wird mit 224 Stimmen der Regierungsparteien gegen 166 Stimmen der Opposition abgelehnt. Es bleibt also bei einem Steuerfuß von 3 M für den Doppelzentner. Auch die beantragte Zuckersteuer wird angenommen, so daß an Steuern erhoben werden für den Doppelzentner vom Stärkezucker 3,40 M und vom andern Zucker 21 M. Bei der Bundwareneinfuhr wird beschlossen, daß die Schachtel Rindhälften mit 0,2 bis 0,6 M und Bündelzucker mit 2 M das Stück befreit werden sollen. Die Tabaksteuer wird so geregelt, daß die bisherige Vorkriegssteuer beibehalten wird und daß bei Zigaretten ein Zuschlag erhoben werden soll, der von Steuerzuschlag festgesetzt wird. Die Weinsteuer wird auf 20 vH für Wein und auf 30 vH für Schaumwein festgesetzt, doch kann diese Steuer für die nächsten zwei Jahre um ein Viertel ermäßigt werden.

Giebereiindustrielle Fortschritte

Von Dr. Ing. A. Salpers, Patentanwalt (1884).

In dem Gebiete des Giebereiwesens wird seit einiger Zeit der Fortschritt der Giebereiindustrie eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet, und hier nimmt der als Fortschritt bezeichnete Gieberei eine besondere Stellung ein, aber nicht etwa eine, weil er an sich ein hochwertiges Gut darstellt. Vielmehr war er der Giebereiindustrie ein wertvoller Helfer in der Herstellung und bei der Fertigung, weil das der Firma Lang erzielte Patent auf Fortschritt von verschiedenen Seiten angesehen wurde. In dem kaiserlichen Patent: Verfahren zur Erzeugung von Gießguss mit hoher Widerstandsfähigkeit gegen gleichzeitige Beanspruchung bedarf es zu erwähnen, daß durch geeignete Gießergüsse mit der Gießergüsse entsprechende Vorrichtung dafür gesorgt wird, daß der Gießerguss bei jeder Gießergüsse unter Ausnutzung des Zentrifugaleffektes durch einen bestimmten Winkel gedreht wird, so daß der Gießerguss bei jeder Gießergüsse ein bestimmtes Maß an Drehung erfährt. Der Beginn der „georgischen Gießergüsse“ sagt nicht viel; denn die Aufgabe des Giebereiwesens besteht nicht etwa darin, ein Gießergüsse zu gewinnen, das heißt das Gießergüsse, das ihm sein Schmelzergüsse liefert, den dem Gießergüsse bestimmten Gießergüsse so anzustellen, daß durch Ausnutzung von verschiedenen Gießergüssen an der in die Drosselung angeordneten Gießergüsse eine bestmögliche Gießergüsse erzielt wird. Diese Zusammenfassung zeigt sich aber noch dem Verfahrensweg und dem Zweck der Gießergüsse, und hier spielen natürlich der Fortschritt und der Gießergüsse eine wichtige Rolle. Je nachdem es sich um die oder die Gießergüsse handelt, man kann aber auch bei dem Gießergüsse des kaiserlichen Patentes behaupten, daß Fortschritt und Gießergüsse den Gießergüsse entsprechen. Der Beginn des Fortschrittes war allerdings hier nicht bei angeordnete Ziel, wenn man auch im Gießergüsse ein solches Gießergüsse erzielt haben mag; vielmehr haben die Gießergüsse die Gießergüsse der in Bezug auf die Gießergüsse der Gießergüsse (Fortschritt, Drehung) und auf lange Zeit hindurch erzielte, bestmögliche Gießergüsse. Es scheint darüber kein Zweifel, daß der Beginn des Fortschrittes von Lang zum ersten Male

in die Drosselung der Gießergüsse eingeführt worden ist und daß diese wissenschaftliche Unternehmung des Erfinders mit Hilfe der Metallographie und seine planmäßige Herstellung eines großen Fortschritts bedeutet. Auf der anderen Seite kann man es aber verstehen, wenn namhafte große Gießergüsse dem Wortlaut des Patentes entgegen mit der Begründung, daß sie schon seit Jahren ebenfalls einen hochwertigen Gießergüsse durch „geeignete Gießergüsse“ herstellten und ihrerseits für sich das Recht in Anspruch nehmen, auch künftighin zu gütlichen, wie sie es gerade für den betreffenden Zweck für geeignet halten. Dieser Widerspruch kommt es dabei auf die Begründung „Fortschritt“ weniger an als auf die Tatsache, daß der von ihnen erzeugte Gießergüsse ein bestimmtes Gießergüsse anweist und vor allem sich durch besondere Eigenschaften gegenüber dem gewöhnlichen Gießergüsse auszeichnet. Diese Eigenschaften sind: die Gießergüsse werden in Zukunft noch an Härte gewinnen, sondern sich vor allem die Eigenschaften von Lang zu der Studiengesellschaft zur Veredelung des Gießergusses zusammengekommen haben, die neben der weiteren Erfindung von Gießergüssen, insbesondere von Fortschritt auf wissenschaftlicher Grundlage auch die Veredelung der bisherigen Patente übernehmen werden. Es erscheint aber immerhin fraglich, ob das Recht der „georgischen Gießergüsse“ auf die Dauer gehalten werden kann, da, wie bereits gesagt, jeder Gieberei seinen Gießergüsse zusammenstellen kann, wie es ihm beliebt. Etwas anderes bedeutet die Patentierung „und der Gießergüsse entsprechende Vorrichtung“, da mit diesen Worten eine Erfindung der Gießergüsse auf ganz bestimmte, nach den Gießergüssen sich richtende Temperaturen zu beziehen ist, eine neue, großartige Erfindung; wenn auch gelegentlich eines Vortrages über Fortschritt in England ein englischer Giebereiindustrieller im Laufe der Diskussion behauptete, er habe bisher schon eine Gießergüsse erdacht, so ist dies für uns ohne Bedeutung. Die planmäßige Veredelung der Gießergüsse des Gießergusses während der Erfindung nach dem Gießergüsse durch Erfindung der Gießergüsse war bei uns bisher unbekannt.

Ein anderer Weg, ein hochwertiges Gießergüsse zu erzeugen, besteht in der Verwendung des elektrischen Ofens in der Gieberei. In Amerika erweist sich dieser Schmelzofen bereits einer weiten Verbreitung, während man bei uns einseitig nur den ihm spricht. Wenn der elektrische Ofen bei uns im Gießergüsse eine so große Verbreitung gefunden hat, in der Giebereiindustrie dagegen noch nicht, so ist

dies damit zu erklären, daß für im elektrischen Ofen gewonnenen Gießergüsse die höchsten Preise gefordert werden können, dagegen die Preise für Gießergüsse schnell eine Grenze erreichen. Es ist lediglich eine Wirtschaftsprüfung, die gelöst ist, sobald die Strompreise einen annehmbaren Stand erreichen.

Über den Schmelzofen, den mit Windvorwärmung arbeitenden Kuppelofen, herrscht jetzt eine größere Klarheit, nachdem von zentralen Stellen eingehende Vergleichsversuche zwischen einem Schmelzofen und einem gewöhnlichen Kuppelofen vorgenommen worden sind. Diese Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen: Unter sonst gleichen Bedingungen bietet der Schmelzofen eine Kuppelofen von etwa 30 vH; die Schwefelzunahme aus dem Koks betrug in einem Unterfangsfall nur 16 vH, beim gewöhnlichen Ofen 45 vH; durch die bessere Ausnutzung des Brennstoffes entweichen aus dem Ofenschacht kleinere Wärmemengen.

Der hohe Koksverbrauch ist noch immer ein Schmerzenskind der Giebereiindustrie. Neuerdings läßt ein neues Verfahren über Koksersparnis von sich reden. Der Erfinder, Kalle, ging von der Anschauung aus, daß dem Ofen trotz gesteigerter Gießergüsse doch zu wenig Gießergüsse zugeführt würde, da der Anteil von Kohlenoxyd in den Gießergüssen gegenüber dem Kohlendioxyd zu groß blieb. Er kam daher auf den an sich nicht neuen Gedanken, dem Ofen Wasser zuzuführen, um es allerdings der Weg, den er beschritten hat. Er vermischt nämlich 50 Teile Koksstaub mit 3 Teilen Natriumcarbonat und 15 Teilen Wasserglas und Wasser. Diese Chemikalien, deren Preis beim Verfahren ohne Bedeutung ist, bedeuten lediglich die Bindung des Wassers. Die Zubereitung des Gemisches erfolgt durch die Ofenarbeiter und erfordert keine besonderen Fertigkeiten. Dieses Gemisch, Koksparmasse genannt, wird mit dem Koks zusammen dem Kuppelofen zugegeben. Die Versuche mit dieser neuen Sparmasse waren in jeder Hinsicht überraschend. Auf einem Bert, das mit 20 vH Koksverbrauch arbeitete, ging sofort bei den ersten Versuchen unter sonst gleichen Arbeitsbedingungen der Verbrauch an Koks auf 8 bis 10 vH und an Koksstaub auf 11,9 vH zurück. Für viele Giebereien wird das Verfahren, das gänzlich neu ist, eine große Bedeutung erlangen; denn die Fälle, in denen Giebereien mit 15 und mehr Hundertteilen Koks arbeiten, sind nicht gering. Die von der Koksparmasse angegebene

Zolltarif und Konsumvereine

ff. Steigende Preise — verschlechterte Lebenshaltung — Produktionsbeschränkung — Arbeitslosigkeit — Arbeitskämpfe: scheint diese Lage nicht drückend genug, um nach Erleichterungen Umschau zu halten, die geeignet sind, dem Arbeiter die nächste Zukunft weniger trostlos erscheinen zu lassen? O nein! Agrarier und Industrielle haben sich noch nie von weicherzigen Empfindungen leiten lassen und sie sind mit der derzeitigen Regierung der Meinung, daß dem Pöbel noch mehr aufgeladen werden kann.

Der Zolltarif steht drohend vor dem Haushalt der Verbraucher und fordert seinen Tribut. Die Erfolge der gewerkschaftlichen Lohnkämpfe drohen mit einem parlamentarischen Federstrich verloren zu gehen und — der Kampf kann von vorne beginnen. Es ist zum Verrücktwerden.

Aber das nützt nichts. Der Hunger tut selbst Verrückten weh. Also bleibe man bei gesunder Denkwiese und sehe sich nach einem geeigneten Nussgleich um für die durch den Zolltarif drohende Verschlechterung der Lebenshaltung.

Auf mindestens 150 M je Familie ist das Opfer für die Lebensmittelzölle bewertet, was eine Lohnerhöhung um 3 M für die Woche erfordern würde. Und wenn sie nicht freiwillig erfolgt, so müßte sie durch Kampf erzwungen werden, da der Stand der Lebenshaltung in den Arbeiterfamilien ein so niedriger geworden, daß es Naturrecht ist, sich gegen eine weitere Herabdrückung mit allen Mitteln zur Wehr zu setzen.

Aber, wenn dies vermeidbar ist, wenn durch ein einfacheres Mittel die Kaufkraft des Einkommens der Familie geschützt und gefördert werden kann, warum soll es denn nicht zur Anwendung gebracht werden? Die genossenschaftlich organisierte Konsumkraft muß nur auf den „entscheidenden Punkt“ gerichtet werden. Wenn man nicht Mitglied bei einem Konsumverein ist, so werde man es. Und Sorge mit aller Kraft bei der Hausfrau dafür, daß der Bedarf der Familie nur im Konsumverein gedeckt wird, so weit dies möglich ist. Denn es gibt immerhin noch einiges, was man im Konsumverein nicht haben kann. Aber im großen und ganzen dürften die täglichen Bedürfnisse des Haushalts bei der Verteilung des Konsumvereins gedeckt werden können und alles übrige ist dann nur ein Rechenexempel.

Wenn für mindestens 10 M Waren die Woche und Familie in jedem Konsumverein gekauft würden, so ergäbe dies einen Jahresbetrag von 520 M. Da nun der Warenumsatz im Jahre 1924 nur 160 M betragen hat, so kommt ein Mehr um 360 M heraus. Sämtliche Unkosten müßten nun schon bei einem Durchschnitt von 160 M „herausgewirtschaftet“ werden, ja es blieben noch einige Millionen für die Rückvergrütu an die Mitglieder übrig.

Und nun ist leicht einzusehen, daß der Mehrumsatz von 360 M je Familie eine geradezu glänzende Wirtschaftlichkeit ergeben müßte, weil derselbe mit kaum nennenswerten Unkosten belastet wäre. Denn Zahl und Miete der Verkaufsstellen, das Personal, Heizung, soziale Versicherung, Lastautos, maschinelle Einrichtungen, Liegenheiten, kurz die ganze Verwaltung brauchte kaum vermehrt zu werden. Steigender Umsatz, sinkende Unkosten = vermehrter Überschuß — dies ist das Sinnmaleins jedes Geschäftslbens, ja der Volkswirtschaft überhaupt.

Und wenn man nun den Verbrauchermassen die Zolpstole auf die Brust setzt, um sie noch mehr zugunsten von Eisen- und Schloßbaronen und Zucker-, Kraut- und Getreidejüngfern bluten zu lassen, dann müssen sich die Massen mit dem Mittel der genossenschaftlichen Wirtschaftsorganisation ernsthaft zur Wehr setzen. „Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott!“ ist nicht das schlechteste Wort des deutschen Sprichwörterchens. Wenn die deutschen Konsumvereine statt 4 1/2 Millionen Mitgliederfamilien deren sechs zählten und wenn die Familie 600 M oder gar 900 M wie in der Schweiz in den „Konsum“, statt zum Krämertrüge, dann brauchte sie die Zolpstole viel weniger zu fürchten, und mit einemmale würde alle Welt erkennen, daß die organisierte Konsumkraft eine ungeheure Steigerung der Kaufkraft bedeutet, und die Volkswirtschaft würde und müßte andere Maßnahmen wandeln als seither. Weder die Industrie noch die Landwirtschaft als „Produzententriebe“ könnten den Arbeitern und übrigen Verbrauchern als „Strafgeber“ die Preise vorschreiben. Sie müßten um die Kundenschaft der genossenschaftlich organisierten Verbraucherkräfte geradezu betteln gehen, weil die Konsumvereine als Geschäftskunden der Massen Aufträge zu vergeben hätten, mit denen der dann noch „freie Markt“ nicht mehr in Wettbewerb treten könnte.

Denn: hatten die deutschen Konsumvereine im Jahre 1924 einen Warenumsatz von etwa 650 Millionen Mark, so müßte er im Jahre 1926 bei einer auf den „entscheidenden Punkt“ gerichteten Willenskraft von Führern und Massen 4000 bis

5000 Millionen Mark betragen. Damit ein gut Stück der Wirtschaft- und der sozialen Fragen im Sinne einer gerechten sozialistischen Wirtschaftsordnung gelöst werden könnte.

Denn nicht nur Warenhandel, nein, auch ein Großteil der Warenzeugung, insbesondere von Lebensmitteln und Haushaltsartikeln, läßt sich durch die genossenschaftlich organisierten und bewußt handelnden Verbrauchermassen aufbauen. Und der Kapitalprofit wäre beseitigt.

Ein neuer Abschnitt deutscher Wirtschaftsgeschichte kann beginnen und muß beginnen, wenn die Arbeiter- und Verbrauchermassen die Bedeutung und den Nutzen ihrer Konsumkraft in der genossenschaftlichen Organisation erkennen und — danach handeln.

Mit Ferdinand Lassalle alle Kraft auf den entscheidenden Punkt richten!

Attempause im englischen Bergbau

Mit der Annahme der die Lage in der Kohlenindustrie betreffenden Vorschläge der englischen Regierung ist, wie die „Times“ sagen, ein sehr kritisches Kapitel der Geschichte Großbritanniens abgeschlossen. Die Unternehmer haben ihre Bedingungen für 14 Tage zurückgenommen, um Besprechungen mit der Regierung über ihre finanzielle Hilfeleistung zu ermöglichen. Was die Vergleute betrifft, so werden — falls in den 14 Tagen eine Verständigung gefunden werden kann — die gegenwärtigen Lohnsätze und Arbeitsbedingungen während wenigstens 9 Monaten aufrecht erhalten bleiben. Andererseits wird eine Kommission genaue Untersuchungen über die Umstellung der Industrie machen und die Regierung wird durch Beihilfe die Bezahlung der Löhne sicherstellen.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat seine Bereitwilligkeit, gegebenenfalls in diesen gewaltigen Lohnstreit eingzugreifen, u. a. dadurch zum Ausdruck gebracht, daß er, einer Anregung der englischen Gewerkschaftszentrale folgend, einen seiner Sekretäre nach England entsandte, der während der besonders kritischen Zeit an den Besprechungen der Arbeiterorganisationen teilnahm, um ständig Fühlung zwischen dem IWB und der englischen Streikleitung zu schaffen. Die Vorbereitungen, die bereits zur Einleitung einer wirkungsvollen Unterstützungskampagne getroffen waren, konnten auf Grund von in Amsterdam eingelaufenen Depeschen vorläufig unterbrochen werden. Die Lage bleibt aber weiterhin sehr ernst und es heißt, auf alles gefaßt zu sein. Die Lösung der englischen Bergarbeiter, „Kein Penny Lohnerabgabe und keine Minute Arbeitszeitverlängerung“ war auch bestimmend für das Los der Arbeiter aller anderen Länder. Der von Baldwin während der Verhandlungen geäußerte Ausspruch: „Alle Arbeiter Englands werden sich mit Lohnerabgaben abfinden müssen“, hätte bei einer Niederlage der Vergleute sicher sofort ein internationales Echo gefunden.

Daß die erzielte Lösung keine einseitige ist, wird allgemein eingesehen. Die Times unterstreicht dies mit folgenden Worten: „Wir dürfen nicht vergessen, daß die Lösung nur eine vorübergehende ist. Das eigentliche Problem muß noch gelöst werden und die Verlagerung eines Konfliktes auf Grund finanzieller Unterstützung der Regierung ist nur das kleinere der beiden Übel. Die Wahl war unter dem gegebenen Umständen richtig, wenn jedoch das Problem der Befriedung der Industrie nicht gelöst wird, wird das erreichte Resultat letzten Endes mehr geschadet als genützt haben.“

Es wird sich nun zeigen, welche Heilmittel sich auf Grund der geplanten Erhebung finden lassen. Die Unternehmer, die mit dem ganzen Verlauf der Angelegenheit keineswegs befriedigt sind, geben sich keinen großen Hoffnungen hin. Denn sie fühlen, daß die Regierung zu sehr überzählenden Maßnahmen gezwungen sein kann, wenn das Kapital bei den Untersuchungen so schlecht abschnurde wie bei den letzten drei Erhebungen.

Vom spanischen Gewerkschaftsbund

Die kürzlich abgehaltene Vorstandssitzung des Spanischen Gewerkschaftsbundes hat sich mit der Frage der Arbeitslosigkeit und der Lebensunterhaltungskosten befaßt und eine Entschließung angenommen, in der folgende Forderungen aufgestellt werden: Einführung der Arbeitslosenversicherung, Mitspracherecht der Arbeiter, Errichtung öffentlicher Betriebe zur Verbesserung der Lage der Industrie und der Landwirtschaft und schließlich strenge Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen über den Achtstundentag.

Was die Arbeitslosenunterstützung betrifft, so kann gesagt werden, daß der Staat vor kurzem beschlossen hat, den Verbänden mit eigenen Arbeitslosenstellen eine Beihilfe von 50 000 Pesetas zu gewähren. Der Gewerkschaftsbund hat bei dieser Gelegenheit erklärt, daß die gewährte Summe lächerlich klein, die Maßnahme der Regierung hingegen im Grundjatz vielleicht doch ein Schritt in der guten Richtung sei. Da verschiedene Gemeinden, so Madrid, der Meinung sind, daß nun angeht die „Zeit“ der Regierung die Zustufung der Gemeinden in den Wegfall kommen können, protestierte der Vorstand gegen diese Auffassung. Ein anderer wichtiger Beschluß des Vorstandes lautet, daß die Gewerkschaft die Vorbereitungen für einen Landesstreik treffen soll, auf dem u. a. die Frage der Umwandlung des Spanischen Gewerkschaftsbundes nach den Grundsätzen der Industrieverbände stattfinden soll.

Wenn auch anzunehmen ist: alles sei bereits gesagt, so darf man doch keineswegs folgern, daß auch alles gehört und verstanden sei... Daher ist alles wieder von neuem zu sagen... Wie viele still angehäufte Schätze schlummern unberührt in unseren Bibliotheken.

Essais

Reichsgelder für Arbeiterbespitzelung

Die Auspuderei kann nun losgehen

Im Hamburger Echo bedt Genosse Peter Graßmann einen unerhörten Skandal auf. Wir entnehmen seinem Aufsatz folgende Stellen: „Seit mehr als Jahresfrist unterstützt das Reichsinnenministerium aus dem Republikfond eine gelbe Geheimorganisation, die der frühere Reichsminister des Innern, Jarres, im Mai 1924 selbst ins Leben gerufen hat.“

Das Ziel dieser kamojen Organisation „zum Schutz der Republik“ ist die Bildung sogenannter weißer Betriebszellen in möglichst vielen Betrieben Deutschlands. Diese weißen Betriebszellen haben hauptsächlich die Aufgabe der Bespitzelung der Arbeiterschaft und sollen im engsten Einvernehmen mit den Werkleitungen, diese Betriebszelle hat schon manchen deutschen Arbeiter um Lohn und Brot gebracht. Auf solche Methoden sind bisher weder die Gelben noch ihre Ratrone gekommen. Es blieb Herrn Jarres vorbehalten, das gelegentlich geübte Angebertum der Gelben organisatorisch zusammenzufassen und ausgerechnet aus dem Republikfond die Mittel zur Gründung und Weiterführung dieser Organisation zu entnehmen. Herr Jarres hat dann auch nach seinem Ausscheiden aus dem Reichsinnenministerium seinem Kinde kein Interesse nicht entzogen. Die finanzielle Fürsorge übernahm zwar Herr Schiele zugleich mit seinem Amt als Reichsinnenminister; Herr Jarres aber gab noch am 28. April d. J. (zwei Tage nach der Wahl Hindenburgs und unter dem scheinbaren Eindruck dieses schwarz-weiß-roten Sieges) neue Richtlinien für die Weiterarbeit der weißen Betriebszellen. Man versteht jetzt, warum die vereinigten schwarz-weiß-roten Scharfmacher aller Richtungen Herrn Jarres zu ihrem Reichspräsidentenstandbuden erkorren hatten, hatte er doch seine Eignung durch seine Tätigkeit als Schutzpatron der Gelben hinlänglich erwiejen.

Diese Geheimorganisation des Herrn Jarres verbirgt sich unter dem abschließlich farblosen Namen „Zentralkommission“. Zu ihrem Leiter hat Herr Jarres, dessen vortreffliche Beziehungen zu rechtsradikalen Kreisen bekannt sind (vergl. Klinger — Jarres), mit bestem Griff den rechten Mann zu lassen gewählt. Der Leiter der deutschen Betriebszelle ist kein anderer als Oberleutnant Pierritz, der frühere Nachrichtenoffizier der Arbeiterzentrale auf Schloß Bielau, die bekanntlich von Oberländern im Jahre 1921 in Oberschlesien eingerichtet wurde. Neben Pierritz bearbeitet „den wissenschaftlichen Teil“ Unterstaatssekretär Dr. Dornmann, der Leiter des soziologischen Instituts der Berliner Universität.

Diese erznationalistische Leitung der neuen gelben Bewegung von Reichsregierungs Gnaden hat nun etwas getan, was wirklich kein Mensch von ihr erwartet hätte: sie hat es fertig bekommen, mit gleichgültigen Seelen des Auslandes eine gelbe Internationale einzugehen. Der Sitz dieser Organisation ist Paris, was gewiß das Herz jedes faktenkreuzerischen Franzosenfreßers höher schlagen läßt. Ihr offizieller natürlich französischer Titel heißt: „Entente internationale“.

Während man also den deutschen Gewerkschaften, insbesondere den III. marxistischen, die Pflege internationaler Beziehungen mit ungeliebter Entrüstung als landesverräterisch ankreidet, sind diese Patentpatrioten nun selbst der gleichen Sünde bloß!

Mit Landesorganisationen dieser gelben Internationale steht übrigens auch die deutsche technische Rothilfe in Beziehung, die ja ebenso wie die laubere Zentralkommission für Betriebszelle (wenn auch öftentlich) aus Reichsmitteln erhalten wird. Übrigens beginnen sich nun auch die technischen Rothilfe zu „internationalisieren“!

Aus den Mitteln, so sagt Genosse Graßmann zusammenfassend, die der Reichsregierung im Reichsministerium für Republikfond im Vertrauen auf ihre Loyalität ohne Verpflichtung zur Abrechnung zur Verfügung stellt, schaffen und erhalten die Herren Jarres und Schiele die „Organisation Kriemhild“. Diese Organisation hat in weißen Betriebszellen eine systematische Bespitzelung der deutschen Arbeiterschaft eingeleitet und sich mit anderen gleichgerichteten Organisationen des Auslandes zu einer gelben Internationalen zusammengeschlossen.

Eine Frage ist noch zu beantworten: Wie verhält sich die Industrie und insbesondere ihr Reichsverband zu dieser gelben Geheimorganisation? Die Antwort lautet: Der Reichsverband der Industrie unterstützt die weiße Zellenbildung der Zentralkommission mit Summen, die die Reichsjudenbention noch um ein Vielfaches übersteigen; zahlreiche Industrielle und Arbeitgeberverbände in der Provinz subventionieren die lokalen Unterabteilungen der weißen Zellenorganisation mit ebenfalls erheblichen Beiträgen.

Soweit Genosse Graßmann. Daß die Arbeiterbespitzelung, wie er sie nachweist, längst vorhanden war und betrieben wurde, ließ sich an verschiedenen Anzeichen erkennen. Um nur eins aus den jüngsten Wochen zu nennen: In einem gelben Blättchen wendete sich irgend-einer gegen die Zumutung der Unternehmer, von der Gelben die Bespitzelung der Mitarbeiter zu verlangen. Ein vaterländisch gestimmter Arbeiter sei nicht dazu da, um irgendeinem Schurken eine billige Arbeitskraft zu sein. Vor einem Unternehmer, der Arbeiterbespitzelung verlange, „spude jeder anständige Deutsche aus“. Wenn es Gelbe für nötig erachten, mit einer solchen Schärfe gegen die hohen Gönner der Arbeiterbespitzelung aufzumachen, so läßt sich annehmen, daß das dreieckige Geschäft rückwärts gefordert wird und schon längst im Gange ist. Da nun die Arbeiterbespitzelung in aller Form nachgehoren ist, könnte, nach der Meinung des gelben Papiertes, die Auspuderei beginnen. Ob nun aber bei dieser Auspuderei die Gelben auf der aktiven Seite sind oder auf der andern, mag jeder selbst beurteilen.

Wirkung ist so aufzufassen, daß das Wasser im Ofen zerlegt und Sauerstoff frei wird, der eine restlose Verbrennung des Kohles in der Schmelzzone hervorruft. Die Folge ist ein Dampgang ohne Oberfeuer und Oberfläße; die Wicht ist also flammenfrei und so kalt, daß die Hand in die Sichtöffnung gehalten werden kann. Gleichzeitig mit der Sauerstoff ist selbstverständlich auch eine geringere Schwefelabsorption des Eisens zu verzeichnen, da ja der höhere Schwefelgehalt im Guß vom Koks herrührt; weiterhin wird die Schmelzdauer verürzt, die Dampleistung also gesteigert und auch an Öhnen gespart, da die Kokschargen kleiner und weniger zahlreich sind und das Ausladen aus den Eisenabwagern sich nicht mehr so oft wiederholt.

Auf dem Gebiete des Formmaschinenwesens ist als Neuerung die Schleuderformmaschine zu nennen. Die Verdrängung des Formandes erfolgte bisher entweder durch Handstampfen, durch Stampfen mittels Preßluftstumpfers, durch hydraulischen Druck, indem eine Preßplatte in den Sand hineingedrückt und dieser dann nach dem Modell zu verdichtet wird, und schließlich durch Rütteln, das heißt durch Auf- und Abwärtsbewegen des ganzen Formkastens, bis der Sand die genügende Dichte und Festigkeit besitzt. Die Erfinder der neuen Schleuderformmaschine, die Amerikaner Beardley und Piper, gingen von dem Gedanken aus, die Handbewegungen des Formers, der den Sand in den Formkasten schaufelt und wirt, mechanisch nachzumachen, das heißt es sollte, bildlich ausgedrückt, ein Schleuderkopf die Hände der Arbeiter ersetzen und den Sand in den Kasten schleudern. Diese neue Formmaschine besteht in der Hauptsache aus einem senkrechten Gestell mit Bechwert, das den Sand von der Siegierhöhe hebt, am oberen Teil des Gestells in einen schrägen Behälter stürzt, von wo der Sand in den Schleuderkopf gelangt. Diese Maschinen sind so angeführt, daß sie auch durch einen Kranen an beliebige Stellen der Gießerei verlegt werden können oder sie sind auch fahrbar. In Deutschland hat eine hamoverische Maschinenfabrik die Lizenz für diese Maschinen erworben, die bei uns aber zunächst noch in einer geringen Zahl in Betrieb sind. In England und Amerika haben sie dagegen schnell festen Fuß gefaßt, namentlich in Gießereien von Badewannen. Die Erzeugungsgeschwindigkeit ist nach amerikanischen Berichten beträchtlich. Die Füllung eines Kastens mit 1 m³ Sand dauert drei Minuten; in einer Minute werden 750 bis 1000 Hände voll Sand in den Kasten geschleudert, so daß es begreiflich ist, wenn

eine Badewannengießerei, die sonst mit zwei Mann acht Mann in einer Schicht herstelle, nunmehr mit drei Mann in derselben Zeit 50 Stück schleudert. Außer Badewannen können selbstverständlich auch eine Reihe von anderen Gegenständen in Frage, zum Teil Brennstäbe, Autokylind-erblock usw. Inzeit wird der Schleuderformmaschine in Deutschland in Betracht ihrer hohen Leistung ein hohes Interesse entgegengebracht.

Ein neues Gießverfahren stellt der Schleuders oder Zentrifugalguß dar, der in Amerika (in Deutschland in einem Werk) für Röhren Anwendung findet. Während gewöhnliche Röhren nach dem Arbeitlichen Verfahren, also jernrecht auf einer Krommel, für jedes Rohr ein Formkasten, gegossen werden, geht das Gießen nach dem Schleudergußverfahren von der Längs- folgendermaßen vor sich: Zur Herstellung dienen horizontale Zylinder aus Stahl, an deren einem Ende sich ein Wellenrad zum Drehen der Röhrenform befindet. Käufer der Drehbewegung erfolgt auch eine Bewegung in der Längsrichtung durch Druckwasser zwecks Verdrängung des Rohres. Das Eisen fließt durch eine lange Rinne, die in das Innere der ganzen Form bis zum entgegengelegten Ende hineinträgt, in den sich drehenden Zylinder. Durch die Drehbewegung wird das Eisen an die Zylinderwand geschleudert und weiter durch die Längsbewegung die ganze Innere wand der Länge nach mit flüssigem Eisen befrachten, bis am Schluß des Stehensorganges infolge der Längsbewegung die Innere Rinne sich außerhalb der Form befindet. Da das Gießen selbst unter Druck erfolgt, ist eine besondere Siegborrichtung, bestehend aus Siebtafeln, Druckwasserzylinder und Druckwasserlöwen notwendig. Eine amerikanische Gießerei ist im Begriffe, 20 Schleudergußmaschinen für Röhren aufzustellen, nachdem es sich ergeben hat, daß mit diesem Verfahren etwa die doppelte der bisherigen Erzeugung sich erreichen läßt. Für dieses Verfahren wird also Formand überhaupt nicht benötigt, was auf die innere Form der Röhre, die durch einen Sandkern gebildet wird.

Aber auch hier ist ein Fortschritt infolern festzustellen, als es unumkehrbar gelungen ist, gußeiserne Röhren an einander zu schweißen. Dies bedeutet aber einen Fortschritt der Röhre überhaupt, wodurch das Schleudergußverfahren für Röhre eine bedeutende Vereinfachung erfahren würde. Aber auch die Herstellung nach dem

bisherigen Verfahren von Arbeit wird infolge Fehlens des Ruffen- teiles um den Eisenpreis der Röhre verbilligt. Die Schweißung von Gußröhren wird mit Bronze vorgenommen. Das Verfahren ist neuweisen Datums und bisher erst auf einzelnen Werken zur Probe durchgeführt worden. Bei der Schweißung a. B. von zwei Röhren von je 5 m Länge wurden benötigt 1,1 kg Karbid, 0,3 m³ Sauerstoff, 0,71 kg Bronze und 60 g Borax. Die Röhre, auf 26 bis 40 Atmosphären gepreßt, sind in der Schweißstelle vollkommen dicht. Diese günstigen Erfolge berechtigen zu der Annahme, daß dieses Verfahren für Röhrengießereien eine große Bedeutung erlangen kann.

In den Holz-, Metall- und Gipsmodellen sind neuerdings die Steinmodelle in der Formerei hinzugekommen, die ihren Namen daher führen, daß sie nach ihrer Bildung immer härter und schließlich feinsthart werden. Sie kommen zur Anwendung, wenn es sich um Serien- und Massenfäbrilation ein und desselben Stückes handelt und können jahrelang benutzt werden. Hauptbestandteile sind Magnesit und Talkum, ferner Schormagnum als Bindestmittel. Ihre Preis stellt allerdings eine große Rolle, da sie acht- bis zehnmal soviel kosten wie die Gipsmodelle; dafür ist auf der anderen Seite ihre Lebensdauer eine größere.

Es ermahnen sind schließlich die Bestrebungen, eine Normung der Chamottefäße für Kuppeln herbeizuführen, die angeht der verschiedenartigen Erzhörerausführungen von den Fabriken feinerer Steine notwendig ist, ferner die feste Verbreitung der wichtigsten Deutschen Ausschusses für Technisches Schulwesen zur planmäßigen Ausbildung des Gießereifacharbeiters nachwuchs, dann die wissenschaftlichen Untersuchungsverfahren der Formstoffe, die im vergangenen Jahre erfolgte Herausgabe der Harzburger Druckdrift des Vereins Deutscher Gießereibesitzer über Gießereibereitungen in Gießereien, die Untersuchungen von Gußstückausführungen und die Schweißverfahren selbst, Rückgewinnung von Eisen und Koks aus Schlacke, Temperaturmessungen von flüssigem Metall u. a. m. All diese Arbeiten zeigen zur Genüge, daß der an sich kausche Gießereibetrieb heute dank der wissenschaftlichen Behandlung aller mit dem Gießereiwesen in Verbindung kommenden Fragen auf dem besten Wege zu neuen weiteren Fortschritten begriffen ist.

Der Kampf in der Pforzheimer Schmudwaren-Industrie beendet

Nachdem, wie schon in Nr. 32 der MZ mitgeteilt, auch der Schiedspruch vom 27. Juli mit außerordentlich großer Mehrheit von den Unternehmern und Arbeitern abgelehnt worden ist, hat das Reichsarbeitsministerium eingegriffen und auf den 4. August die Parteien zu Verhandlungen nach Berlin geladen. Die Verhandlungen waren außerordentlich schwierig, einerseits deshalb, weil der Arbeiterschaft nicht zugemutet werden konnte, weitere Konzessionen zu machen, dann aber auch, weil die Unternehmer absolut nicht gewillt waren, irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Zum Schluß gelang es aber doch, den nachstehenden Vergleich zustande zu bringen, der sofort rechtsverbindlich wird, da die Vertreter in Vollmacht ihrer Parteien handelten.

Vergleich:

1. Der Mindeststundenlohn des gelernten Arbeiters mit 25 Jahren und darüber beträgt vom 22. August d. J. bis zum Jahresende 69 J., von Wiederaufnahme der Arbeit bis 22. August 68 J.
2. Die Löhne der jüngeren Arbeiter und der übrigen Arbeiterkategorien ergeben sich nach dem bisherigen Tarifschlüssel.
3. Die Alltagsgrundlage wird auf 12,5 vH erhöht.
4. Der Arbeitgeberverband empfiehlt seinen Mitgliedern, die bestehenden tatsächlichen Stundenlöhne um denselben Betrag zu erhöhen um den sich der Mindeststundenlohn für die einzelnen Arbeitergruppen und Altersklassen erhöht.
5. Maßregelungen aus Anlaß des Streiks dürfen nicht stattfinden.
6. Bisherige Amortisationskassen bleiben bestehen.
7. Lehrlinge erhalten im 1. und 2. Halbjahr keine Lohnerhöhung, im 3. und 4. Halbjahr 1 J., im 5. Halbjahr 2 J. die Stunde.
8. Die Parteien können dieses Abkommen nach XIV Ziffer 3 des Manteltarifvertrags kündigen, wenn ihnen die Aufrechterhaltung des Lohnabkommens billigerweise nicht zugemutet werden kann. Das Reichsarbeitsministerium soll gebeten werden, die event. Verhandlungen hierüber zu übernehmen. (Folgen die Unterschriften.)

Wenn wir auch beim Abschluß dieses Kampfes nicht von Siegern und Besiegten reden wollen, so dürfen wir aber doch ruhigen Gemütes feststellen, daß der Pforzheimer Arbeitgeberverband unter Führung seines Syndikus Dr. Simon eine sehr schwere Niederlage erlitten hat. Man vergegenwärtige sich: Am 8. Juni wird ein Schiedspruch gefällt mit 63 J. Spitzenlohn, den der Arbeitgeberverband „nur unter Protest“ anzunehmen sich bereit erklärte. Am 22. Juni ergiebt ein Schiedspruch mit 72 J. Dieser wird wiederum rundweg abgelehnt. Am 21. Juli sind neue Verhandlungen dort eröffnet, die die Unternehmer bereit, mit Wiederaufnahme der Arbeit bis 3. 14 Tage nach Wiederaufnahme bis zum 18. September 65 J. und vom 19. September bis 31. Dezember 1925 67 J. zu zahlen. Eine Erhöhung der JSt- oder tatsächlichen Löhne lehnen sie rundweg ab, ebenso eine Erhöhung der Alltagsbasis. Der Schiedspruch, der am 21. Juli erging, setzte mit Wiederaufnahme der Arbeit 66 J., vom 1. August ab 68 J. und vom 19. September ab (ohne Befristung) 69 J. fest. Die Alltagsgrundlage wurde von 10 auf 12,5 vH erhöht und die bisherigen Lohnvorprünge sollten bestehen bleiben. Dieser Schiedspruch wurde wieder abgelehnt, und ebenso der Schiedspruch vom 27. Juli (Gesamt vom selbstverordnenden Sachverständigen Dr. Hämmer), der vom 1. August ab einen Mindestlohn von 68 J. und vom 18. September ab bis 31. Dezember einen solchen von 69 J. festlegte und dabei ansprach, daß wenn bis Jahresbeginn der Reichsindex für die Lebenshaltungskosten um mehr als 5 vH steigt oder fällt, die Abweichung mit 14-tägiger Frist gemeldet werden kann. Alles übrige ließ dieser Schiedspruch so wie der Schiedspruch vom 21. Juli. Und nun haben die Vertreter des Arbeitgeberverbandes einen Vergleich unterzeichnet, der nicht vom 19. September, sondern schon vom 22. August ab 69 J. festlegt. Und ferner legt der Vergleich fest, daß der Arbeitgeberverband seinen Mitglieder empfiehlt, die Differenz zwischen den bisherigen und jetzigen Mindestlöhnen der tatsächlichen Löhne ebenfalls zuzuschlagen.

Bei Licht besehen, ist also genau das erreicht, was der Arbeitgeberverband nach nur wenigen Tagen unter allen Umständen abgelehnt erklärte und wenn der Kampf noch wochenlang dauerte.

Auch die letzte Ziffer des Vergleichs lautet Verhandlungen, vielmehr sogar in einer besseren Form als der Schiedspruch vom 27. Juli, was es nicht von ungewöhnlicher Bedeutung ist, daß in einem solchen Falle das Reichsarbeitsministerium die Vermittlungsbefugnis hat, wenn — der Arbeitgeberverband aus diesem Kampfe nicht weggerückt gelernt haben sollte.

Daß es gelang, den Kampf mit einem zufriedenstellenden Ergebnis abzuschließen, ist nicht zuletzt der außerordentlichen Geschlossenheit der Arbeiterschaft und auch der Erbitterung, mit welcher sie gekämpft, zu verdanken. Der rundergebnislose Kampf des Arbeitgeberverbandes mit allem Anhang an ihn bezeugt wiederum die Arbeiterschaft außerordentlich empört. Trotzdem die heutige Anzahl der Beschäftigten unorganisiert ist, muß gesagt werden, daß die Zahl der Arbeitsschlichter eine so geringe war, daß sie überhaupt bei dem Streikkampf gar nicht in Betracht kam. Es ist weiter außerordentlich beachtenswert, daß den Unorganisierten ebenso wie auch den Mitgliedern, die nach § 18, 1 unseres Statuts nicht beschuldigungsberechtigt sind, kein Pflichtenverhältnis gegenüber dem Arbeitgeberverbande besteht, was für die Arbeiterkategorie von Bedeutung war, daß der Kampf auf beiden Seiten mit eigener Geschlossenheit geführt werden konnte.

Der nächstschwerwiegendste, ein zweiter Kampf unter den gleichen Umständen konnte und dürfte nicht mehr geführt werden. Der Wille aller, und was er noch so gut sein, führt nicht zum Sieg. Die beste Truppe erliegt schließlich, wenn sie mit einem feindlichen Heere gegenübersteht. Und dies wäre eingetreten, weil eben viele Tausende irgendwelche finanzielle Mittel weder besitzen, noch — da sie eben nicht organisiert waren — irgendwelche Unterstützung erzielten. So werden wir die große Zahl der Unorganisierten durch Kampf geteilt, so offen sprechen wir es aus, daß wir annehmen, daß sie aus diesem Kampfe die nötigen Lehren zieht und endlich einmal sich einwillig der Organisation anschließen. Der ganze Kampf ist in letzten Endes doch nur darauf zurückzuführen, daß der Arbeitgeberverband wie folgt verfuhr: Die Arbeiterschaft ist nicht organisiert, sie wird in wenigen Tagen zusammengebracht, und dann werden ihr die Löhne und Arbeitsbedingungen so diktiert, wie wir es wünschen und wollen.

Größe der Arbeitgeberverbandes von Leipzig an mit einer gewissen Organisation der Arbeiter zu rechnen, so wäre nicht nur jetzt, sondern seit Jahr und Tag kein Streik gegen die Arbeitgeberkategorie der Arbeiter ein anderes gewesen. Somit kann, die Arbeiter und Arbeiterinnen der Schmudwarenindustrie, nicht an die großen Opfer, die sie zu bringen hatten, um ein wenig mehr einen zufriedenstellenden Erfolg zu erzielen, und die zu bezweifeln gewesen wären, wenn sie das kleine Opfer des notwendigen Verbandsbeitrages seit Jahr und Tag gebracht hätten. Jetzt darf nicht mehr gesagt werden, jetzt muß der letzte Arbeiter und die letzte Arbeiterin in die Organisation. Die Schlacht ist geschlagen, rüffet für neue Kämpfe!

Sogenannte Mitglieder der Gewerkschaften

Die gewerkschaftliche Organisationsform ist in Deutschland seit dem Scheitern des 1889er Gesetzes, im Juli d. J. den Grund der gewerkschaftlichen Organisation der Gewerkschaften. Es ergab sich, daß 23 Verbands-22000 Mitglieder unter 18 Jahren organisiert waren. 13 Verbands hatten keine Mitglieder, was kann nach früheren Verfassungen geschlossen werden, daß diese mindestens 15000 Mitglieder umfassen, so daß im ganzen über 267.000 organisiert sind.

Die höchsten Zahlen weisen auf: die Metallarbeiter mit 67.504, die Fabrikarbeiter mit 67.000, die Textilarbeiter mit 25.000, die Holzarbeiter mit 23.000 und der Baugewerksbund mit 10.696 Jugendlichen. Betrachtet man das Verhältnis der Zahl der organisierten Jugendlichen zu den Erwachsenen, so ergibt sich jedoch ein anderes Bild. Von der Gesamtmitgliedschaft waren Jugendliche im Fabrikarbeiterverband 20,5 vH, im Buchbinderverband 12,4 vH, bei den Lithographen 11 vH, bei den Dachdeckern 10,4 vH, bei den Sattlern 9,9 vH und bei den Buchdruckern 9,7 vH. Im Metallarbeiterverband sind die Jugendlichen 9,4 vH, im Textilarbeiterverband 7,6 vH, im Holzarbeiterverband 7,2 vH der Gesamtstärke. Man kann aus diesen Zahlen nicht ohne weiteres auf gute oder schlechte Organisationsverhältnisse schließen, denn der Anteil der Jugendlichen an der Gesamtmitgliedschaft ist in den verschiedenen Industriezweigen sehr unterschiedlich. So haben die Leberarbeiter unter ihren Mitgliedern nur 5,2 vH Jugendliche (2128), und doch können sie berichten, daß nur 262 unorganisierte Jugendliche in ihrem Gewerbe vorhanden sind.

Diese Jugendlichen werden von ihren Verbänden in mehr als 1200 besonderen Jugendabteilungen zusammengefaßt, die berufliche und allgemeine Bildungsarbeit, aber auch Sport, Spiel, Wandern und Geselligkeit pflegen. Jezt Gewerkschaften geben besondere Jugendzeitschriften heraus; die durch die Inflation erzeugten Einkommensrücklagen konnten im letzten Jahre bereits wieder ausgeglichen werden.

Leidet die Landwirtschaft Not?

Nein — sagt die Wissenschaft —

denn vor dem Kriege konnte der Landwirt für 2300 Zentner Getreide nur einen Motorpflug kaufen, jetzt kann er für die gleiche Menge Getreide zwei Motorpflüge kaufen!

Vor dem Kriege konnte der Landwirt mit einem Zentner Getreide nur 4 Kilogramm der vier wichtigsten Düngemittel kaufen, jetzt kann er mit der gleichen Menge 6 Kilogr. kaufen!

Es ist also nicht wahr, daß die „Preisichere“ zugunsten der Industrie geöffnet ist!

Es ist ferner nicht wahr, daß die „Preisichere“ geschlossen ist!

Wahr ist vielmehr, daß die „Preisichere“ mit 16 v. H. zugunsten der Landwirtschaft geöffnet ist! Darum:

Fort mit den Lebensmittelzöllen

Ausfluß aus der Genossenschaft

Das Mitglied einer Konsumgenossenschaft beleidigte und verkleumdete den Vorsitzenden des Aufsichtsrats und versuchte überhaupt, die seiner politischen Partei (der kommunistischen) unangenehmen leitenden und ausführenden Personen der Genossenschaft in ihrer Tätigkeit zu hemmen und zur Niederlegung ihrer Ämter zu veranlassen. Der Genosse entfaltete ferner unter den Frauen seiner Genossenschaft eine rege Agitation mit dem Zwecke, die Frauen zu bewegen, seine Bedrohungen mehr von der Genossenschaft zu entnehmen. In einer Versammlung forderte er die Genossen auf, eine in der Vertreterversammlung der Genossenschaft beschlossene Nachzahlung auf die Mitgliedsanteile nicht zu leisten. Die Genossenschaft sah sich daher veranlaßt, das Mitglied aus der Genossenschaft auszuschließen. Auf die Frage des Genossen hatte sich das Gericht (das Amtsgericht Düsseldorf) mit der Frage zu befassen, ob der Ausschluss gerechtfertigt sei. Das Gericht bejahte die Frage. Die Entscheidungsgründe schließen wie folgt: Nach der Beweisaufnahme ist anzunehmen, daß der Kläger durch sein Vorgehen das wirtschaftliche Gelingen des Beklagten gefährdet hat und daß das Vorgehen für die Zukunft die größten Gefahren für das Bestehen des Beklagten in sich barg. Dies um so mehr, als die Tätigkeit des Klägers auf ein Ziel gerichtet war, welches dem an sich neutralen Wesen der Genossenschaft widerspricht und auch gemäß § 81 und 139 des Genossenschaftsgesetzes gesetzlich unzulässig ist, so daß für den Beklagten schon deswegen die Gefahr der Auflösung bestand. Es konnte aber dem Beklagten nicht zugemutet werden, zu warten, bis es gegebenenfalls überhaupt zu spät war. Grundlage eines Ausschlusses nach § 6 Ziffer 3 des Statuts kann daher auch nicht sein, daß ein Schaden zahlungsmäßig herbeigeführt werden kann, es muß vielmehr der Schaden genügen, daß das Bestehen des Klägers den Bestand und das Gelingen des Beklagten gefährdet hat und für die Zukunft schädlich sein konnte.

Auslandskredite und Außenhandel

Die Tatsache, daß der deutsche Außenhandel für das erste Halbjahr 1925 einen Einbruch über sich brachte von 200 Millionen Mark und zwar, hat den Reichswirtschaftsminister Dr. Brüning veranlaßt, sich gegenüber dem Vertreter eines britischen Handels über die Ursachen und Wirkungen der Fortschritt des deutschen Außenhandels zu äußern. Der Minister vertritt die Ansicht, diese Erscheinung damit zu erklären, daß der Fortschritt des Auslandshandels die Hauptursache der Kapitalität der Handelsbilanz sei. Er verweist auf die hierüber Ursachen und Wirkung. Größte die deutsche Wirtschaft im Vorjahre nicht die großen Auslandskredite bekommen, so wäre nicht ohne weiteres eine solche Kapitalität unserer Handelsbilanz eingetreten, allerdings unter weit transparenteren Bedingungen. Unsere wirtschaftliche Entwicklung wäre heute schon dort angelangt, wo wir aller Voraussicht nach spätestens in einem Jahr sein werden, das heißt die Rückzahlung der deutschen Schuld bei einer so frühen Abwicklung der Einzahlungen aus eigener Kraft zu erwarten, hätte sich bereits ungenügend erwiesen und die Preisgestaltung der wichtigsten Lebensbedürfnisse im Inlande entsprechend herabgesetzt. Gleichzeitig waren früher bei der Finanzierung der notwendigen Einzahlungen sehr starke Schwierigkeiten aufgetreten. Die Auslandskredite an die Privatwirtschaft haben es wieder noch einmal ermöglicht, ein paar Monate verhältnismäßig ungenügend zu bestehen. Jetzt aber fehlen wir vor der Notwendigkeit, den ungenügenden Leistungen des Auslands zu sehen. Aus der Statistik für Juni ergibt sich, daß die Einzahlungen von Rohstoffen und halbfertigen Waren gegenüber dem Rückgang von 220,50 auf 484,93 Millionen Mark zurückgegangen ist, während gleichzeitig die Einzahlungen von Lebensmitteln und Getränken von 292,71 auf 344,56 Millionen Mark stieg. In diesen Zahlen spiegelt sich wieder der Rückgang der Beschäftigung in der Industrie und der wachsende Rückgang an Lebensmitteln an den inländischen Konsum. Unmöglich kann die Kreditversorgung an die deutsche Privatwirtschaft eine ausreichende Erklärung für diese Erscheinungen abgeben. Bei Abwicklung aller Auslandskredite ergibt sich, daß die ausländischen Kredite nicht weiter sind als Sammelkredit für die deutsche Privatwirtschaft und daß kein Teil davon dieser Kreditquellen das Ziel sein kann, was man sagt.

Kollege K. Kufmann †

Am 21. Juli hat Kollege Kufmann in Würzburg seine Augen für immer geschlossen. Er war von Beruf Maschinenbauer und trat schon 1891 dem Verband bei. 1904 und 1905 war er unser Geschäftsleiter in Köln, wurde dann in Berlin Organisationsleiter, schließlich Geschäftsleiter in Stuttgart. Nach seiner Pensionierung, die am 1. August 1922 erfolgte, lebte er nach Würzburg über, wo ihn der Tod von einem langen Leben erlöste. Damit hat ein langjähriger, wehrhafter und arbeitssamer Gewerkschaftler seinen Abschied genommen. Mit seiner Familie lebt die liebe Ehe seiner Kollegen trauernd an seiner Seite. Eine kleine Beerdigung.

Quelle: Haber f. Die unergründliche, kaffere Vorkämpferin der Arbeiterinnenbewegung ist im Alter von 78 Jahren in Berlin gestorben. Frühzeitig wirkte sie zuerst für ihre Berufskollegen — sie war Weberin — und trat auch bald erfolgreich in der politischen Bewegung hervor. Seit 1904 war sie im Bureau der Sozialdemokratischen Partei tätig und von 1908 bis 1908 Zentralvertrauensperson für Deutschland. Ganz besonders richtete sich ihr unermüdlicher Kampf auch gegen das Übel der Heimarbeit! Die Verstorbenen verdient über das Grab hinaus ehrendes Gedenken und den Dank der organisierten Arbeiterschaft!

Ausstellungen von Erfindungen. Der Deutsche Erfinder-Schutzverband e. V. in München veranstaltet während den Messen in Leipzig und Frankfurt die 26. und 27. Ausstellung von Erfindungen und Neufunden, die allen Erfindern Gelegenheit bietet, ihre Schutzrechte ohne große Kosten zu verkaufen. Für ältere, vollständig mittel- und arbeitslose Erfinder sowie Kriegsbeschädigte steht gegen eine entsprechende behördliche Bescheinigung eine beschränkte Anzahl ganzer oder halber Freiplätze zur Verfügung. Die Anmeldungen müssen sofort erfolgen. Ausstellungsbedingungen kostenlos, Fragebogen über die Bedürftigkeit (Vermögenszeugnis) gegen Rückporto durch die Geschäftsstelle des Verbandes, München, Falkenstraße 15 b.

Schriftenschau

„Lebentum und Entwicklung der Arbeiterbildungsbewegung.“ Preis 1,50 M. — Die genannte Schrift enthält einen ausführlichen Bericht über die Beratungen der Arbeiterbildungskonferenz in Osnabrück, einige besondere Berichte über die Arten der Arbeiterbildung. Außerdem wurden der Schrift die Tätigkeitsberichte der Arbeiterbildungsorganisationen sowie das Namens- und Adressenverzeichnis der Körperschaften der verschiedenen Länder beigelegt. Die Schrift ist ein bereites Zeugnis für die wachsende Bedeutung der Bildungsbestrebungen der organisierten Arbeiter und die erhebliche Bedeutung der Gewerkschaften. Sie ist erhältlich bei allen Buchhandlungen und bei der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S 14, Inselstr. 6.

„Die Landstrategie“ mit der Beilage „Nicht über's Land“ enthält hübsche Bilder aus der Freiender- und Arbeiterbewegung. Die Monatschrift ist überall erhältlich und kostet 25 g (1,30 Kr.; 15 J.). Das Halbjahresabonnement (mit Zustellung durch die Post S 1,50 (7,80 Kr.; 1 M.) ist bei der Verwaltung, die Probeexemplare auf Wunsch unentgeltlich versendet, Wien IV, Rittersteig 3 a, zu bestellen.

Koalitionen und Koalitionsstempel. Arbeitsgemeinschaftliche Seminarvorträge. Herausgegeben von Dr. Walter Kassel, Professor an der Universität Berlin. Preis 12 M. Verlag Julius Springer, Berlin W 9, Linstr. 23/24.

Der praktische Maschinenbauer und Mechaniker. Von D. R. Steinbrings, Oberstudienrat, Direktor der städtischen Gewerkschule und der technischen Mittelschule in Dresden. Mit 4 farbigen Tafeln und 547 Abbildungen. Preis brosch. 10,50 M., geb. 12 M. Verlag Ernst Heinrich Moritz (Syn. Franz Mittelbach), Stuttgart. Das Buch ist Band 11 der weitbekanntesten und gut eingeführten Handwerkerbibliothek, die allen Kollegen zu empfehlen ist.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart

Mit Sonntag dem 16. August ist der 34. Wochenbeitrag für die Zeit vom 16. bis 22. August 1925 fällig.

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressenverzeichnis mit † bezeichneten Verwaltungen Reisegebühren erheben. Das Aufsuchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für Mitglieder der Beitragsklasse:				Beginn der Beitrags-erhebung
	I	II	III	IV	
Stuttgard	15	15	—	—	31. Woche

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung naturrechtlicher Rechte zur Folge.

Öffentliche Aufforderung: Der Metallarbeiter (Metallbrenner?) Wilhelm Becker, geb. am 13. November 1876 zu Ulfingen, Mitgliedsbuch Nr. 5.349.454, wird aufgefordert, seine Adresse an den Vorstand, Stuttgart, Adressstr. 16, mitzuteilen, um das von der Verwaltungstelle Marienwerder beantragte Verfahren durchzuführen. Bei Nichtbefolgung dieser Aufforderung muß die Ausschließung aus dem Verband erfolgen.

Aufforderung zur Rechtfertigung: Das nachgenannte Mitglied wird nach § 23 Abs. 4 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen. Verwaltungen, denen die Adresse des Aufgeforderten bekannt ist, wollen diese an den Vorstand melden.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Frankfurt a. M.: Der Dreher Peter Dohm, geb. am 10. Mai 1907 zu Bergisch Gladbach, Mitgliedsbuch Nr. 5.765.096, wegen Diebstahl.

Gestohlen wurde: Mitgliedsbuch Nr. 4.050.723, lautend auf den Schlosser Friedrich Gropp, geb. am 10. Juni 1906 zu Jammehausen. (Bez. Frankfurt.) Stuttgart, Adressstr. 16. Der Verbandsvorstand.

Zur Beachtung! Bezug ist fernzuhalten:

von Jelleneckern nach Berlin L., nach Chemnitz und Hohenstein-Ernstthal St.; von Neupeters (Bau-) nach Braunschweig L.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Danzig („The International Shipbuilding and Engineering Co. Ltd.“, „Danziger Werft und Eisenbahnwerkstätten L.-S.“) D.; nach allen Verwaltungen in Mecklenburg St.; von Tafelgerätharbeitern nach Hanau (Sa. Kaufm.) A. L. — Lohnbewegung; D. — Differenzen; v. St. — Streit in Stadt; St. — Streit; M. — Maßregelung; Ri. — Rührhände; A. — Ausspernung. Arbeitslose Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der beabsichtigte Ort nicht in der Zeitung genannt ist, Erfindung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzubringen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zugewiesen ist, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzugeben zu lassen. Anträge auf Verhängung von Strafen müssen von den Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausdrücklich begründet sein.

Verbandsanliegen

M. Gladbach. Als weiterer Beamter wurde Kollege Ernst Busse, Hohenstein, gewählt. Den übrigen Beamten Dank.

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Adressstr. 16